



Mag. Karl Koller, Merc, Nc, Obmann von Nova EUropa

Impulsreferat beim ÖCV-Mentoring am 19.1.2008 in der Politischen Akademie:**Eine moderne christlich-soziale Steuerpolitik****Mit anschließender Diskussion mit Dr. Barbara Kolm-Lamprechter, Generalsekretärin des Hayek-Instituts und Dr. Wolfgang Seitz, Nc, Industriellenvereinigung**

Liebe Cartellbrüder,

vielleicht zu Beginn ganz kurz – und ich habe ja nur 10 Minuten Zeit – wer und was ist Nova EUropa?

Nova EUropa ist eine christlich-soziale Plattform, die im Dezember 2003 gegründet wurde. Unserer Plattform gehören hochrangige frühere ÖVP-Politiker, wie Altvizekanzler Kbr. Josef Riegler, Altnationalratspräsident Cbr. Heinrich Neisser, Alt-ÖVP-Klubobmann Cbr. Friedrich König oder genauso aktive Politiker, wie die Landtagsabgeordnete und frühere ÖVP-Generalsekretärin Ingrid Korosec, der Klubobmann im Wiener Landtag Bbr. Matthias Tschirf oder auch sein Stellvertreter Bbr. Wolfgang Gerstl an.

Wir treten für eine moderne christlich-soziale Politik ein und wir treten – u.a. um den vom Neoliberalismus zerstörten Primat der Politik über die Wirtschaft wiederherzustellen – für die Gründung eines europäischen Bundesstaates ein.

Genau vor einer Woche hatten wir hier in der POLAK unsere Klausur. Wir waren 18 Teilnehmer, u.a. waren Ingrid Korosec und Fritz König anwesend. Und es war schön zu sehen, in welchem hohem Ausmaß wir uns darin einig waren, dass sich die Politik vieler christdemokratischer Parteien in Europa in die falsche Richtung bewegt. Unser Thema war: "Eine moderne christlich-soziale Politik" – der Schlusssatz meines Referats zu einer modernen christlich-sozialen Wirtschaftspolitik, und damit leite ich schon zum Steuerthema über, war:

"Während moderne christlich-soziale Gesellschaftspolitik neuer Ansätze bedarf kann die Wirtschafts- und Sozialpolitik an bewährten Konzepten ausgerichtet werden. Es braucht eine Überwindung des neoliberalen Irrweges und eine Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft, die im Sinne einer modernen christlich-sozialen Umweltpolitik zu einer Ökosozialen Marktwirtschaft ausgebaut werden muss!"

Unsere wirtschafts- und damit auch unsere steuerpolitischen Vorstellungen basieren auf den Werten der Katholischen Soziallehre, auf Prinzipien wie "Gerechtigkeit" und "Bewahrung der Schöpfung"!

Bei der Klausur haben wir Ausschnitte einer Diskussion mit dem prononcierten Christlich-Sozialen und ehemaligen deutschen Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm** vom Juni 2007 gezeigt – und Blüm sagt dort zu Beginn einen ganz wichtigen Satz: "Es geht um die uralte Frage Gerechtigkeit". Es geht um "Soziale Gerechtigkeit", eine Kategorie, die von den Wirtschaftsliberalen insb. von **Hayek** seit jeher abgelehnt wurde. Mir ist das Hayek-Zitat im Gedächtnis, wonach wahr sei, "dass eine soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft, ein sozialer Rechtsstaat kein Rechtsstaat, ein soziales Gewissen kein Gewissen und soziale Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit" sei.

Schon **Pius XI** geißelte im Jahre 1931 in seiner Enzyklika "Quadragesimo anno" den Wirtschaftsliberalismus – ich zitiere: " ... in Verkennung der gesellschaftlichen ... Natur der Wirtschaft glaubte sie (Anm.: die individualistische Wirtschaftswissenschaft) die öffentliche Gewalt habe der Wirtschaft gegenüber nichts anderes zu tun, als sie frei und ungehindert sich selbst zu überlassen. ... der Wettbewerb (alleine) kann unmöglich regulierendes Prinzip der Wirtschaft sein." Und der heilige Vater fügte hinzu: "Die Erfahrung hat dies, nachdem die verderblichen individualistischen Theorien in die Praxis umgesetzt wurden, bis zum Überdruß bestätigt".

Nun, in der Zwischenzeit hatten wir diese verderblichen Theorien überwunden, aber der Neoliberalismus und die durch ihn geprägte Globalisierung haben sie uns zurückgebracht!!!

Auch die Meinung, dass freiwilliges Spenden im Sinne der christlichen Nächstenliebe die Sozialpolitik und deren Voraussetzung – eine sozial gerechte Steuerpolitik – ersetzen könnte, hat Papst Pius in "Quadragesimo anno" scharf verurteilt:

"Mit dieser Lage der Dinge (Anm.: nämlich der Verelendung der Arbeiterschaft) fanden sich jene leicht ab, die selber im Reichtum schwimmend in ihr einfach das Ergebnis naturnotwendiger Wirtschaftsgesetze erblickten und folgerichtig alle Sorge um eine Linderung der Elendszustände der christlichen Nächstenliebe zuweisen wollten – gerade als ob es Sache der Nächstenliebe wäre, die von der Gesetzgebung nur allzu oft geduldeten ... Verletzung der Gerechtigkeit mit ihrem Mantel zuzudecken."

Und **Johannes XXIII** sagt zur Besteuerung in "Mater et magistra" 1961: "Was die Besteuerung angeht, so kommt es unter Rücksicht von Gerechtigkeit und Billigkeit vor allem darauf an, die Lasten entsprechend der unterschiedlichen Steuerkraft der Bürger zu verteilen."

Wieder der Begriff Gerechtigkeit. "Es geht um die uralte Frage Gerechtigkeit", um nochmals Norbert Blüm zu zitieren!

Nun, was ist soziale Gerechtigkeit? Gerechtigkeit kann man nicht bis auf die Zahlen hinter dem Komma definieren, sagte Norbert Blüm in der von mir schon erwähnten Fernsehdebatte. "Aber, was ungerecht ist, das wissen die Menschen". Und er zitierte den alten Grundsatz, der schon bei Aristoteles zu finden ist: "Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandeln." Eine Flat-Tax – wie wir sie in vielen osteuropäischen Ländern oder auch in Schweizer Kantonen finden – ist mit diesem Grundsatz nicht vereinbar!

Dem zitierten Grundsatz entspricht das Leistungsfähigkeitsprinzip, demzufolge die Einkommensbesteuerung so zu erfolgen hat, dass jeder das gleiche Nutzenopfer erbringt.

Um das plastisch zu machen: Wenn jemand 1.000,- verdient und ich besteuere ihn mit 20 % so bleiben ihm 800,-. Wenn ich dann jemanden der 10.000,- verdient auch mit 20 % besteuere, ihm also 8.000,- verbleiben, so schmerzt ihn die Bezahlung von 2000,- nicht so sehr wie den Geringverdiener die Bezahlung der 200,-. Daraus ergibt sich, unter dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit, die Richtigkeit und Notwendigkeit eines progressiven Steuersystems.

Angesichts der gerade wieder in Deutschland und in Österreich diskutierten, unverschämte hohen Managergehälter ist auch die Debatte um eine Senkung des Spitzensteuersatzes völlig unverständlich und mit dem Gerechtigkeitsprinzip unvereinbar. Um es klar zu sagen: Es geht hier nicht um eine Neiddebatte, wie uns neoliberal gesinnte Journalisten einreden wollen, es geht um eine Raffgierdebatte! Und es geht nicht um Gleichmacherei – es geht um die Relationen!

Franz Müntefering, bis vor kurzem deutscher Vizekanzler und Arbeitsminister, brachte es auf dem letzten SPD-Parteitag mit dem Satz auf den Punkt: "Dass jemand 20- oder 50-mal so gut sein soll wie ein anderer, lasse ich mir noch einreden." Bei 100-mal falle ihm das schon schwer, aber "dass jemand 1000-mal so gut ist – das gibt es gar nicht."

US-Manager verdienen heute durchschnittlich das 500-fache ihrer Mitarbeiter, während es Anfang der 80er-Jahre noch das 40-fache war. Der sechsköpfige Porsche-Vorstand hat jüngst sein Gehalt um € 45 Mio. auf € 113 Mio. erhöht, wobei der Vorsitzende mehr als die Hälfte dieses Gehalts bezieht.

In Österreich sind die Gehälter der Manager der ATX-Unternehmen von 2005 auf 2006 gem. einer Studie der Arbeiterkammer um 14,1 % gestiegen, der durchschnittliche Bruttobezug eines Arbeitnehmers in diesen Firmen um 3,2 %.

Zum Vergleich: Der französische Staatspräsident – immerhin der Staatschef einer Kernwaffenmacht – verdient € 240.000 pro Jahr. Oder um noch eine andere Rechnung anzustellen. Ein gut verdienender Angestellter mit 70.000 € pro Jahr kommt – unter der wenig realistischen Annahme, dass er von Beginn seiner Berufstätigkeit an ein so hohes Gehalt bezieht – auf ein Lebenseinkommen von gerade mal € 2,8 Mio.

Nicht nur Sozialdemokraten, Norbert Blüm oder auch dem Erzbischof von Trier stößt es da bitter auf, sondern auch unverdächtigen Politikern, wie dem deutschen Bundespräsidenten und früheren Chef des IWF, **Horst Köhler**: Er ermahnte die Unternehmensführer, nicht die Bodenhaftung zu verlieren und sprach sich für eine Kultur der Mäßigung aus, sonst sei der soziale Frieden in Gefahr. Und Böhler-Uddeholm-Chef Alt-VOP **Claus Raidl** – auch nicht als Sozialist bekannt – meinte, dass die Arbeit keines Managers € 60 Mio. im Jahr wert sein könne.

Angesichts dieser Tatsachen braucht es eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes um soziale Gerechtigkeit wiederherzustellen – keine Senkung! Das spricht nicht gegen die Hinaufsetzung des Jahreseinkommens ab dem z.B. in Österreich der derzeitige Spitzensteuersatz von 50 % greift. Die Industriellenvereinigung schlug hier – freilich für ihre 45 % Spitzensteuersatz – eine Hinaufsetzung von € 51.000 auf € 100.000 vor.

Wissen sollte man aber freilich auch, wie hoch der Prozentsatz jener ist, die den Spitzensteuersatz bezahlen: das sind gerade einmal 4 % der Steuerpflichtigen. Den wirklichen breiten Mittelstand entlastet man so nicht!

Ich möchte noch einen anderen, ganz wichtigen Punkt ansprechen – die Bewahrung der Schöpfung! **Al Gore** hat bei der Verleihung des Nobelpreises davon gesprochen, dass wir einen Krieg gegen die Erde begonnen haben. Und er sprach von der Notwendigkeit einer "grünen Steuerreform, die die Last von Arbeit auf Verschmutzung verlagert". In Österreich forderte das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) im November des Vorjahres, dass "Energie laufend teurer werden muss".

Was wir also brauchen, das ist eine ökologische Steuerreform, die Energie- und Ressourcenverbrauch sowie die Verschmutzung der Biosphäre verteuert, sodass umweltschädliche Produkte teurer werden, sich dadurch das Verbraucherverhalten ändert und Innovationen zur Verringerung der Umweltbelastung und einer Steigerung der Energie- und Ressourcenproduktivität angestoßen werden.

Die Herstellung der Aufkommensneutralität sollte meines Erachtens über die Umsatzsteuer erfolgen. Beide, Ökosteuern und Umsatzsteuern sind indirekte Steuern, die die Ärmern mehr treffen als die Reichen. Das hat zwei Gründe:

- Zum einen konsumieren Geringverdiener in höherem Ausmaß Güter der Grundversorgung, bei denen die Nachfrage bei Preissteigerungen nicht so schnell zurückgeht und daher eine leichtere Überwälzung der indirekten Steuern auf die Konsumenten möglich ist.
- Zum anderen ist die Sparquote bei den Besserverdienern höher, wodurch Konsumsteuern ihr Einkommen weniger belasten.

Eine Umstellung des gesamten Steuersystems auf nur indirekte Steuern, wie von US-republikanischen Präsidentschaftskandidaten gefordert – eine alte Hayek-Idee – würde somit in hohem Maße dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit widersprechen.

Der klassische Vorschlag ist eine Kombination der Ökosteuern mit der Senkung der Arbeitskosten. Wie man die Arbeitskosten intelligenter senken kann, als ein Mehr an sozialer Ungerechtigkeit durch Koppelung mit Ökosteuern akzeptieren zu müssen, das können wir ja vielleicht in der Diskussion ansprechen.